

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest vorbeugen - Schwarzwildbestand wirksam reduzieren!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend weitere Maßnahmen zu ergreifen, um den anhaltend hohen Wildschweinebestand in Bayern zu reduzieren. Hierbei soll nach Vorbild des Landes Mecklenburg-Vorpommern ein Plan erarbeitet werden, der u.a. folgendes vorsieht:

Jagdliche Maßnahmen:

- für jedes erlegte Wildschwein und für jeden auf einer revierübergreifenden Drückjagd eingesetzten leistungsgeprüften Jagdhund soll als finanzieller Anreiz eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 25 Euro gewährt werden.
- revierübergreifende Drückjagden auf Schwarzwild sollen weiterhin verstärkt gerade auch in Staatsjagdrevieren, auch in Zusammenwirken mit angrenzenden Privat- und Genossenschaftsrevieren durchgeführt werden. Die Gesamtanzahl der Drückjagden soll so erhöht werden.
- die vielerorts praktizierte Jagdruhe von 1. Februar bis 1. Mai auf Schwarzwild in Staatsjagdrevieren soll aufgehoben werden, ggf. durch verstärkte Einbeziehung von revierlosen und privaten Jägern.
- die Kosten für die Trichinenbeschau sollen vom Freistaat Bayern übernommen werden.

Weitere Maßnahmen:

- Aufklärung von Saisonarbeitern und Touristen in Form von Informationskampagnen zur Problematik.
- Verbesserung der baulichen Standards bei Müllbehältern (tiersichere Bauweise).

Begründung:

Die Afrikanische Schweinepest (ASP) war 2017 in drei baltischen Staaten und Polen vorgedrungen. Das größte Risiko für die Verbreitung der ASP ist zwar weiterhin der Mensch durch unachtsames Wegwerfen von infizierten Lebensmitteln etc., welche dann von Wildschweinen aufgenommen werden. Ein möglicherweise infizierter Schwarzwildbestand ist dann eine Quelle für die Infektion oder Reinfektion der Hausschweinbestände. Hohe Schwarzwildbestände stellen ein höheres Verbreitungsrisiko dar als ausgedünnte Vorkommen. Die Zahl der Ausbrüche bei Wild- und Hausschweinen in den betroffenen Gebieten der Ukraine, im Baltikum, in Polen, Tschechien und Rumänien hat sich mit 2632 Fällen gegenüber 2016 mehr als verdoppelt. Schwarzwild gilt als potenzieller Überträger der Afrikanischen Schweinepest ASP, gegen die noch kein wirksamer Impfstoff auf dem Markt ist.

In einer Bewertung des Friedrich Löffler Instituts vom 12. Juli 2017 wird das Risiko, dass die ASP zunächst in die deutsche Wildschweinpopulation eingeschleppt wird größer gesehen als ein Ersteintrag in die Hausschweinpopulation. Desweiteren wird das Risiko des Eintrags von ASP nach Deutschland durch illegale Verbringung und Entsorgung von kontaminiertem Material als hoch eingeschätzt.

Ziel muss es deshalb sein, durch Aufklärung der Bürger und Reisenden, besonders entlang der Grenzübergänge, eine Übertragung zu verhindern, indem darauf hingewiesen wird, dass Speisereste nur in verschlossene Müllbehälter entsorgt werden dürfen. Wie eine Anfrage zum Plenum vom 09.11.2017 ergeben hat, wird dies bereits durchgeführt und soll auch ausgeweitet werden.

In nur 30 Jahren hat sich die Anzahl der erlegten Wildschweine in Bayern von 10.000 auf über 85.000 (2015/2016) erhöht. Diese Zahlen belegen den rasanten Anstieg der Population. Eine hohe Wildschweindichte führt auch zu einer schnellen Ausbreitung der ASP. Um dieser Entwicklung vorzubeugen, müssen dringend weitere Maßnahmen unternommen werden um den Bestand drastisch zu reduzieren. Bei einem ASP-Ausbruch wären in Bayern mehr als 5500 landwirtschaftliche Betriebe mit rund 3.277.000 Schweinen vom Verlust ihres Tierbestandes bedroht. Exportverbote und staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Schweinepest würden einen immensen volkswirtschaftlichen Schaden verursachen.